

Ver?ffentlichungsdatum: 29-06-2009



Dem skandinavischen Land steht ab 1. Juli eine schwierige EU-Ratspr?sidentschaft bevor. Ein Beitrag der Web-Seite vom deutschen Bundestag.

Im K?nigreich Schweden ist, anders als in den meisten anderen EU-Staaten, die Wahlbeteiligung dennoch gestiegen - von knapp 38 Prozent auf 43,8. Das liege vor allem an der Piratenpartei, die viele junge W?hler mobilisiert habe, meint G?ran von Sydow vom Swedish Institute for European Policy Studies (SIEPS) in Stockholm. Die Piratenpartei setzt sich f?r den kostenlosen Download im Internet ein und entstand urspr?nglich aus der illegalen Plattform "Pirate Bay". Sieben Prozent erreichte sie bei den Wahlen und kann jetzt einen Abgeordneten ins neue Europaparlament schicken. Die neun Millionen Schweden sind dort mit 18 Sitzen vertreten.

Ab 1. Juli ?ibernimmt Schweden nun f?r ein halbes Jahr die EU-Ratspr?sidentschaft - und wird viele Herausforderungen bew?ltigen m?ssen. Zundchst gilt es, nach der turbulenten tschechischen Ratspr?sidentschaft wieder Ruhe in die EU zu bringen. Der Vorsitz der Tschechen wurde von innenpolitischen Querelen und dem Regierungswechsel in Prag bestimmt, zudem torpedierte Pr?sident Vaclav Klaus den EU-Reformvertrag von Lissabon. Er weigert sich bis heute, das Abkommen zu unterschreiben.

"Die Schweden k?nnen w?hrend ihrer Ratspr?sidentschaft f?r Entspannung sorgen und eine Balance in der 27-er-Formel schaffen", sagt Barbara Lippert, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Es herrsche ein Grundzutrauen in die schwedische Politik und deren hochprofessionelle Administration. Gleichwohl steht Schweden eine "problematische Pr?sidentschaft" bevor, wie Ministerpr?sident Fredrik Reinfeldt bei der Vorstellung des schwedischen Arbeitsprogrammes betonte. In seine Amtszeit f?llt das zweite irische Referendum zum Lissabon-Vertrag und - bei endg?ltiger Zustimmung der Iren und Tschechen - auch dessen Umsetzung.

Ganz oben auf der Tagesordnung wird in den kommenden sechs Monaten aber die Bew?ltigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise stehen. Reinfeldt will zwar, dass die EU "gest?rkt aus der Wirtschaftskrise hervorgeht", m?chte die EU-Mitgliedstaaten aber nicht zu neuen Konjunkturpaketen ermuntern. Vielmehr soll unter Schwedens F?hrung eine Regulierung der Finanzm?rkte vorangetrieben werden. Bereits im Herbst will die EU-Kommission Gesetzentw?rfe zur neuen EU-Finanzaufsicht vorstellen. Au?erdem wirbt der Ministerpr?sident f?r eine "Ordnung der ?ffentlichen Finanzen", f?r Budgetk?rzungen und Steuererh?hungen.

Als ein Handicap konsequenter Finanzpolitik k?nnte sich erweisen, dass Schweden zwar seit 1995 festes Mitglied der EU ist, jedoch nicht Teil der Eurozone. "Das k?nnte ein Nachteil sein", meint auch Politologe von Sydow. 2003 hatten die Schweden in einer Volksabstimmung gegen die Einf?hrung der W?hrung gestimmt. F?r viele gilt: Sie lieben die EU nicht, akzeptieren sie aber.

"Wir k?nnten bei so vielen guten Sachen mitmachen, aber sagen immer Nein", scherzt Mats Nordstr?m, Gourmetkoch in G?teborg. Er bef?rwortet den Euro, wenngleich die Mehrheit der Schweden weiterhin an der Krone festhalten will. Im Rahmen der Ratspr?sidentschaft wird der 42-J?hrige einige Events

kulinarisch betreuen. Er denkt europ?isch, kauft aber lokal ein - und sieht die in Schweden allgegenw?rtige N?he zur Natur als Teil seiner Identit?t.

## **Erwartungen an Klimaschutz**

Die Naturverbundenheit der Schweden ist ein Grund daf?r, dass besonders in Fragen des Klimaschutzes hohe Erwartungen in die Pr?sidentschaft der Skandinavier gesetzt werden. Im Dezember findet in Kopenhagen die UN-Klimakonferenz statt. Dort sollen Vereinbarungen f?r ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls getroffen werden, das 2012 ausl?uft. Ziel der Schweden ist es, w?hrend ihres Vorsitzes ein neues Abkommen zu verabschieden. Vor allem betonen sie, dass die Finanzkrise nicht als Entschuldigung daf?r herhalten d?rfe, notwendige Schritte im Kampf gegen den Klimawandel zu unterlassen. Bei der Bew?ltigung von Wirtschaftskrise und , gelte "nicht entweder oder, sondern sowohl als auch", betonte Ministerpr?sident Reinfeldt.